



.....  
Bereits am 20. Juni 1986 über Fernschreiber ausgesendet  
.....

Schon nächste Woche: Verkehrsampel in der Leopoldauer Straße  
12 =Wien, 20.6. (RK-KOMMUNAL) Bei einer Verkehrsverhandlung in  
der Floridsdorfer Bezirksvertretung wurde Freitag vormittag die  
Errichtung einer Verkehrslichtsignalanlage auf der Kreuzung  
Leopoldauer Straße - Töllergasse beschlossen. Auf dem Schutzweg  
dieser Kreuzung hat sich bekanntlich am Montag ein Verkehrsunfall  
ereignet, dem ein Kind zum Opfer gefallen war. Bereits nächste Woche  
wird zur Sicherung des Schutzweges eine provisorische Ampel  
installiert, die von der Firma Siemens zur Verfügung gestellt wird.  
Sie wird noch im Sommer durch eine definitive Anlage ersetzt  
werden.++++

Die bereits durch Sperrlinien markierten Wartezonen in der  
Straßenmitte bei den Kreuzungen der Leopoldauer Straße mit der  
Siegfriedgasse, der Hawlicekgasse und der Töllergasse werden -  
ebenfalls noch im Sommer - baulich zur Fußgängerschutzinsel  
ausgebaut.

Außerdem werden in der Leopoldauer Straße in den Bereichen  
Schenkendorfsgasse, Hawlicekgasse und Töllergasse Hinweistafeln  
"Achtung Radar" montiert, weil die Radar-Überwachung des Verkehrs  
verstärkt wird.

Als Grundlage für die von Bürgermeister Dr. Helmut ZILK und  
Polizeipräsident Dr. Karl REIDINGER vereinbarte verstärkte  
Überwachung von Geschwindigkeitsübertretungen auf den Wiener Straßen  
hat das Verkehrssicherheitsreferat der Magistratsabteilung 46 eine  
Liste jener Unfallstellen zusammengestellt, wo durch überhöhte  
Geschwindigkeiten eine Häufung von Unfällen auftritt. Diese Liste  
wird Samstag der Polizei zur Verfügung gestellt. (Schluß) sc/bs

NNNN

.....  
Bereits am 21. Juni 1986 über Fernschreiber ausgesendet  
.....

Neuer Flächenwidmungsplan für "Kaiserwasser"

Utl.: Informationsveranstaltung im Volksheim Kaisermühlen

3 Wien, 21.6. (RK-KOMMUNAL) für die Siedlung am "Kaiserwasser" an der Alten Donau soll ein neuer Flächenwidmungs- und Bebauungsplan ausgearbeitet werden. Noch vor der gesetzlich vorgeschriebenen öffentlichen Auflage hat die Bevölkerung hier die Möglichkeit, zu den Entwürfen der Planer Stellung zu nehmen. Am 23. Juni (Eröffnung 19 Uhr) beginnt im Volksheim Kaisermühlen, Schüttaustraße 2, eine Informationsveranstaltung. Bis 27. Juni werden hier täglich von 9 bis 12 Uhr sowie zusätzlich Dienstag und Donnerstag von 16 bis 19 Uhr Mitarbeiter der zuständigen Fachdienststellen der Stadt Wien für Auskünfte zur Verfügung stehen.

Mit dem neuen Flächenwidmungsplan soll Vorsorge für die Erhaltung des durchgrüntem Einfamilienhaus-Charakters im Innenbereich der Halbinsel und die Erhaltung der Betriebe an der Wagramer Straße getroffen werden. Außerdem sollen die Erholungs- und Freizeiteinrichtungen im Bereich der Alten Donau geschützt werden.  
(Schluß) and/bs

NNNN

.....  
Bereits am 21. Juni 1986 über Fernschreiber ausgesendet  
.....

9. Internationale Jugendtheatertage in Wien (1)

Utl.: Vom 23. Juni bis 2. Juli im "Treffpunkt Petersplatz"

4 =Wien, 21.6. (RK-KULTUR) Zum neunten Mal veranstaltet das Landesjugendreferat Wien vom 23. Juni bis 2. Juli Internationale Jugendtheatertage in Wien. Gezeigt werden 17 Produktionen junger Theatergruppen im Treffpunkt Petersplatz.++++

Theatergruppen aus Österreich, der BRD, der Schweiz, Italien, Norwegen, Finnland, Großbritannien, Jugoslawien und der CSSR zeigen an zehn Abenden unkonventionelles und experimentelles Theater, in dem überkommene Inhalte und Formen verändert, hinterfragt und neu interpretiert werden.

Dauerkarten für die Internationalen Jugendtheatertage sind in der Stadtinformation/Rathaus, Friedrich-Schmidt-Platz (Montag bis Freitag), im Wiener Landesjugendreferat, A, Friedrich-Schmidt-Platz 5 und während der Jugendtheatertage jeweils ab 18 Uhr im "Treffpunkt Petersplatz" erhältlich. Eine Dauerkarte zum Preis von 150 Schilling berechtigt zum Besuch aller Vorstellungen. Einzelkarten um 60 Schilling gibt es an der Abendkasse. Vorstellungsbeginn ist jeweils um 19 Uhr.

Ziel der Veranstaltung ist es, Jugendtheatergruppen nicht nur die intensive Begegnung mit dem Publikum zu ermöglichen, sondern auch ein Forum für den Erfahrungsaustausch anzubieten. (Forts.)  
jel/gg

NNNN

.....  
Bereits am 21. Juni 1986 über Fernschreiber ausgesendet  
.....

9. Internationale Jugendtheatertage in Wien (2)

Utl.: Das Programm der 9. Internationalen Jugendtheatertage

5 Wien, 21.6. (RK-KULTUR)

- Montag, 23. Juni: GROTESKE (Studententheater Dopravo/CSSR)  
TANZ DEN ADOLF HITLER (Niemandland/BRD)
- Dienstag, 24. Juni: BIDPUS REKONSTRUIERT FREI NACH SOPHOKLES  
UND FREUD (Theaterkiste/BRD)  
ES GIBT IMMER ZWEI MÖGLICHKEITEN  
(Taschentheater Graz)
- Mittwoch, 25. Juni: NICHT MITZUHASSEN, MITZULIEBEN (Gruppe  
MU/Wien)  
SCHNEEANGST (Studententheater der Hochschule  
Lapplands/Finnland)
- Donnerstag, 26. Juni: STURZFLUG (Basler Jugendtheater/Schweiz)
- Freitag, 27. Juni: DIE PEST IN WIEN (Bundesinst. für Gehörlosen-  
bildung Wien)  
EIN-TRITT INS LEBEN (Mir sein Mir/Tirol)
- Samstag, 28. Juni: WEIBSBILDER (Theatergruppe Maske/Nieder-  
österreich)  
FRANZ STIMPFLERS MEMORIAL (Jugendgruppe  
der Heimatbühne Terlan/Italien)
- Sonntag, 29. Juni: KONTAKT NEGATIV (Hammer und Michel+GAT/BRD)
- Montag, 30. Juni: ANGST UND VERTRAUEN (Theatergruppe der  
Kantonschule Dübendorf/Schweiz)  
LA FAVOLA DEL TEMPO (I Giutti/Italien)
- Dienstag, 1. Juli: VERNISSAGE (Theaterwerkstatt 21/Wien)  
EISBLUMEN (Ballettversted/Norwegen)
- Mittwoch, 2. Juli: THE PASSION (Animus et Corpus-Theatre  
Company/GB)

(Schluß) jel/rr

.....  
Bereits am 21. Juni 1986 über Fernschreiber ausgesendet  
.....

85. Geburtstag von Prof. Eduard Macku

6        Wien, 21.6. (RK-KULTUR) Eduard Macku wurde am 30. Juni 1901 in Linz geboren, wo er das Gymnasium und das Bruckner-Konservatorium absolvierte.

Neben seiner Tätigkeit als Musiker arbeitete Eduard Macku zunächst als Krankenkassenangestellter. Er war auch Lehrer an der Linzer Musikschule, Chorleiter, Schauspieler an verschiedenen Kleinbühnen und wurde schließlich Dirigent.

1945 gründete er das Wiener Konzert- und Unterhaltungsorchester, das unter seiner Leitung bald im In- und Ausland große Popularität erlangte.

1961 übernahm Eduard Macku die Leitung der Bad-Ischler-Operettenfestspiele. Seit 1972 steht er dem Franz-Lehar-Orchester Wien vor.

Macku hat sich aber auch als Komponist von Unterhaltungsstücken, Schlagern und Wiener Musik einen Namen gemacht.

Eduard Macku erhielt für seine Leistungen zahlreiche Auszeichnungen. So 1967 den Berufstitel "Professor", das Silberne Ehrenzeichen des Landes Oberösterreich, Medaillen des Komponistenbundes, der Operettengemeinde, der Arbeiterkammer und der Ärztekammer. (Schluß) red/rr

NNNN

.....  
Bereits am 21. Juni 1986 über Fernschreiber ausgesendet  
.....

Robert-Musil-Gedenkstätte

7      Wien, 21.6. (RK-KULTUR) Im Haus Rasumofskygasse 20, in dem Robert Musil von 1922 bis 1938 lebte, hat der Robert-Musil-Verein eine Gedenkstätte für den Dichter eingerichtet. Robert Musil hat in diesem Haus eines der bedeutendsten Werke der Literatur des 20. Jahrhunderts, den "Mann ohne Eigenschaften" geschrieben.  
(Schluß) gab/gg

NNNN

.....  
Bereits am 22. Juni 1986 über Fernschreiber ausgesendet  
.....

Fast eine Million für Ausstellungen und Literatur

1 Wien, 21.6. (RK-KULTUR) Fast eine Million Schilling genehmigte der Gemeinderatsausschuß für Kultur und Sport für Ausstellungen und Literaturvereinigungen. Zu den geförderten Veranstaltungen bzw. Literaturgesellschaften zählen u. a. die Ausstellungen "Die Welt der Anne Frank" (Palais Palffy), "Baselitz" (Secession) und "Antike Teppiche aus österreichischem Besitz" (Künstlerhaus) sowie der österreichische Schriftstellerverband, die Interessengemeinschaft österreichischer Autoren und die Grazer Autorenversammlung. (Schluß)  
du/gg

NNNN

.....  
Bereits am 22. Juni 1986 über Fernschreiber ausgesendet  
.....

Erster städtischer Wohnbau mit "Vollwertigem Wohnen"

Utl.: Im Bereich Hartlgasse/Dammstraße im 20. Bezirk

2 Wien, 22.6. (RK-KOMMUNAL) Im Bereich Hartlgasse 28-30/

Dammstraße 27-31 im 20. Bezirk entsteht die erste städtische

Wohnhausanlage nach den Kriterien des "Vollwertigen Wohnens".

Bürgermeister Dr. Helmut ZILK und die Stadträte Ing. Fritz HOFMANN

und Rudolf EDLINGER werden am kommenden Donnerstag, dem 26. Juni, um

18 Uhr den Grundstein dafür legen. Die Architekten Glück, Hilmer,

Sattler und Holzbauer haben versucht, alle Wünsche und Bedürfnisse

von Mietern städtischer Wohnhäuser, wie sie im Rahmen des

Forschungsprojektes "Vollwertiges Wohnen" ermittelt wurden, zu

verwirklichen. Vorgesehen sind 161 Wohnungen, eine Arztordination,

ein Hobbyraum, Kinderspiel- und Gemeinschaftsräume sowie

verschiedene andere Nebenräume. Geplant sind auch ein Schwimmbad und

zwei Saunaanlagen. Die Beheizung der Wohnhausanlage wird über

Fernwärme erfolgen. Die Kosten werden knapp 180 Millionen Schilling

betragen. Die Fertigstellung ist für Ende 1988 in Aussicht genommen.

(Schluß) and/rr

NNNN

Kulturarbeit des Wiener Volksbildungswerkes

4 =Wien, 23.6. (RK-KULTUR) Das Wiener Volksbildungswerk führt in den Sommermonaten verschiedene kulturelle Veranstaltungen durch. Der Gemeinderatsausschuß für Kultur und Sport genehmigte für die Aktivitäten eine Subvention von 2,030.000 Schilling.+++

Unter anderem soll die Ringgalerie, die durch die Bezirke wandert, weitergeführt werden, wobei bildende Kunst an verschiedenen Orten, wie Banken und Kaffeehäusern, präsentiert wird. Im 2. und 4. Bezirk sind neue Kulturwanderwege geplant. Die Aktion "Im Bod is a Theata" bietet in verschiedenen Bädern Mitmachaktionen für Kinder. Weiters gibt es Veranstaltungen, wie Konzerte, Literaturgespräche, Dichterlesungen und Workshops. Auch ein Förderungsprogramm für alternative Gruppen ist vorgesehen. (Schluß) gab/rr

NNNN

Ferienspiel-Eröffnungsfest am 29. Juni

5 =Wien, 23.6. (RK-LOKAL) Mit einem großen Eröffnungsfest im Resselpark am Karlsplatz startet am Sonntag, dem 29. Juni, das Wiener Ferienspiel 1986.++++

Das Wiener Landesjugendreferat und das Ferienspiel-Maskottchen "Holli-Knolli" laden alle Kinder und Eltern ein, dieses größte Wiener Kinderfest mitzufeiern.

Das Programm des Ferienspiel-Eröffnungsfestes:

- ab 10 Uhr wird "Holli-Knollis" Lieblingstier, der "Knolli-Wulli-Wurm" von Kindern bemalt.
- ab 13.30 Uhr gibt es ein "Mitmachprogramm" mit Schnupperangeboten von vielen Ferienspiel-Stationen, Kindertheater, Schwabbelbühne und Würstelgrillen. Der Kinderfunk von Radio Wien ist live dabei.

"Ferienspieler" sollten ihren Spielpaß, der in den Wiener Pflichtschulen erhältlich ist, nicht vergessen. Bei Schlechtwetter gibt es ein eingeschränktes Programm. Auskunft darüber erhält man am 29. Juni ab 8 Uhr beim Wiener Ferienspieltelefon unter 42 800/4100 DW. Die Teilnahme am großen Ferienspiel-Eröffnungsfest ist gratis.  
(Schluß) jel/rr

NNNN

Wiener Gemeinderat (1)

Utl.: Fragestunde

6 Wien, 23.6. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Gemeinderat trat am Montag um 9 Uhr unter dem Vorsitz von GR. HIRSCH (SPÖ) zu der für drei Tage anberaumten Debatte über den Rechnungsabschluß 1985 zusammen.

Die Sitzung wurde mit einer Fragestunde eingeleitet.

Auf die ERSTE ANFRAGE von GR. Dr. MAIER (ÖVP), welche wirtschaftliche Entwicklung er bei den Wiener Betrieben der Verstaatlichten Industrie erwarte, stellte Vbgm. MAYR (SPÖ) fest, daß es mit Ausnahme der Elin und der SGP kaum nennenswerte Rückgänge bei den Arbeitsplätzen gebe. Wien werde alles tun, um einen Personalabbau zu verhindern.

Er stehe der Absicht der Firma Elin, das Motorenwerk in Floridsdorf aufzulassen, negativ gegenüber, sagte Vbgm. MAYR auf die ZWEITE ANFRAGE von GR. SCHIEL (SPÖ). Bis Ende Juni werde eine Beratungsfirma die wirtschaftlichen Komponenten überprüfen. Wenn das Motorenwerk in Floridsdorf bleibt, werde Wien bei den Investitionen kräftig helfen. Sollte die Geschäftsführung von Elin das Motorenwerk tatsächlich in die Steiermark verlegen, müßte man sich wirtschaftliche Sanktionen überlegen, etwa in dem Sinn, daß die Stadt Wien an diese keine Aufträge mehr erteilen werde. (Foris.) Fk/gg

Wiener Gemeinderat (2)

Utl.: Fragestunde

7 Wien, 23.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die DRITTE ANFRAGE von GR. Ing. HUBER (SPÖ) nach dem Anteil der Bezirksbudgets im Rahmen der bevorstehenden Dezentralisierung antwortete Vbgm. Hans MAYR (SPÖ), daß den Bezirken etwa 720 Millionen Schilling zukommen werden. Dies entspricht wohl etwas weniger als 1 Prozent der gesamten veranschlagten Ausgaben der Stadt Wien, doch da keine Personal- und Investitionskosten enthalten sind, liegt der relative Anteil höher. Der Betrag wird so wie das Wiener Budget dynamisiert, und es soll nun zwei bis drei Jahre lang geprüft werden, ob mit der geplanten Vorgangsweise der angestrebte Zweck erreicht werden kann.

Auf die VIERTE ANFRAGE von GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ), wie sich die Stadt Wien zu einer Zweckentfremdung einer Wohnung in der Lichtenfelsgasse als Büro des Stadterneuerungsfonds stelle, antwortete StR. Ing. HOFMANN (SPÖ), daß die Ausweitung der Tätigkeit und die Beschäftigung eines Prüfers zusätzliche Büroflächen erfordern. Es sei geplant, Dachgeschosflächen auszubauen und dann den Stadterneuerungsfonds in Teile davon einziehen zu lassen. Der Rest solle Wohnzwecken dienen, und auch die von GR. Hirnschall angesprochene Wohnung solle dann entsprechend genutzt werden. Bis dahin besteht die Zustimmung der Bezirksvorstehung Innere Stadt, hier ein Büro einzurichten, wie es übrigens auch schon früher bestanden habe. (Foris.) and/or

Wiener Gemeinderat (3)

Utl.: Fragestunde

8 Wien, 23.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die FÜNFTE ANFRAGE von GR. Dr. HAWLIK (ÖVP), ob er dafür sorgen werde, daß im Rahmen des Donaauraumwettbewerbes sichergestellt sei, daß die Anforderungen der DoKW keine zwingenden Bedingungen darstellen, antwortete Stadtrat Ing. HOFMANN, daß im Rahmen des Wettbewerbes durchaus alternative Projektvorschläge möglich seien. Die Jury werde von der DoKW nicht unter Zeitdruck gesetzt. Ein Endergebnis sei heuer nicht mehr möglich. Weiters sei es der Jury überlassen, ob eine Null-Variante - ohne Staustufe - in Frage käme.

Auf die SECHSTE ANFRAGE von GR. NEUMANN (SPÖ), wann eine entsprechende Verordnung der Stadt Wien für sogenannte "Parkplatzpockerln" für Bewohner der Innenstadt zur Benützung von Kurzparkzonen erlassen werde, erklärte Stadtrat Ing. HOFMANN, daß dies zur Zeit innerhalb des Magistrats geprüft werde. Eine Übertragung des Grazer Beispiels auf Wien sei allerdings nicht möglich. Das Prüfungsverfahren zur Anwendung einer entsprechenden Novelle der Straßenverkehrsordnung für kritische Bezirke Wiens werde bis Herbst abgeschlossen sein. (Forts.) du/rr

Wiener Gemeinderat (4)

Utl.: Fragestunde

9 Wien, 23.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die SIEBENTE ANFRAGE von GR. Ing. RIEDLER (SPÖ), ob durch die Magistratsabteilung 35 den Veranstaltern des 9. Wiener Stadtfestes im Bereich des Stephansplatzes eine Bewilligung zur Aufstellung jener Stahlgerüsttürme erteilt worden ist, die dann zum Einsturz geführt haben, antwortete StR. Ing. Fritz HOFMANN (SPÖ). Er stellte ausdrücklich fest, daß eine solche Bewilligung nicht erteilt worden ist. Auf eine ZUSATZFRAGE antwortete er, daß bei der Bundespolizeidirektion Wien derzeit eine Anzeige laufe, und auch die zuständige Magistratsabteilung ein Verfahren beantragt habe.

Die ACHTE ANFRAGE von GR. Ing. SWOBODA (SPÖ) hatte zum Inhalt, ob die Bauarbeiten für die Lärmschutzeinrichtungen entlang der Südost-Tangente zur Wohnhausanlage Wienerberg-Gründe bereits gesichert sind. Darauf antwortete StR. Ing. HOFMANN (SPÖ), daß man bereits bei der Bauverhandlung ausreichenden Lärmschutz gefordert habe. Die Kosten belaufen sich auf rund 5 Millionen Schilling. Auf eine ZUSATZFRAGE stellte StR. Hofmann fest, daß die Bauarbeiten vor der Teilbesiedlung fertiggestellt sein werden, voraussichtlich Ende September dieses Jahres. (Forts.) ull/gg

Wiener Gemeinderat (5)

Utl.: Fragestunde

10 Wien, 23.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die NEUNTE ANFRAGE von GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ), welche Maßnahmen getroffen werden müßten, um das Reiterstandbild am Heldenplatz im Zuge der Bauarbeiten für die Heldenplatzgarage vor Beschädigung zu schützen, erklärte StR. HOFMANN, zur Zeit würden von der bauführenden Firma in Zusammenarbeit mit dem Bundesdenkmalamt Möglichkeiten überprüft. Die Heldenplatzgaragen-Betriebs Ges.m.b.H. werde entsprechend den Anweisungen des Bundesdenkmalamtes eine Lösungsmöglichkeit - entweder die Abtragung des Denkmals für die Zeit der Bauarbeiten oder die Absicherung durch Umspundung - erarbeiten. Dafür seien auch Probebohrungen nötig.

Auf die ZEHNTE ANFRAGE von GR. Ing. WORN (ÖVP), wie der letzte Stand betreffend die Aktivierung des Rinterzettes sei, erklärte StR. BRAUN, die Außenanlagen für die Müllvorsortierung seien fertiggestellt und der Betrieb könne vor dem geplanten Termin Dezember 1986 aufgenommen werden. Rund 170.000 Tonnen Gewerbe- und Hausmüll würden in Zukunft in dieser Anlage sortiert. (Forts.)  
jel/rr

NNNN

Wiener Gemeinderat (6)

Utl.: Fragestunde

11 Wien, 23.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die ELFTE ANFRAGE von GR. HENGELMÜLLER (SPö), welche hydrologischen Auswirkungen bei einem Aufstau der Donau in Wien auf die links- und rechtsufrigen Auegebiete zu erwarten sind, sagte StR. BRAUN (SPö), daß mit der Stabilisierung des Grundwasserspiegels und den Dotationsmöglichkeiten für die Lobau positive Auswirkungen erreicht werden können.

Auf die ZWÖLFTE ANFRAGE von GR. LACINA (SPö), ob sich seit der Inbetriebnahme des Kraftwerkes Greifenstein Veränderungen der Donau im Wiener Bereich ergeben haben, sagte StR. BRAUN, daß eine Verstärkung der Eintiefungstendenz und ein Absinken des Wasserspiegels verzeichnet wurden, was auch eine Gefahr für die Wiener Erholungsräume bedeutet. Von allen denkbaren Gegenmaßnahmen ist der Aufstau der Donau am besten geeignet, diese Tendenzen hintanzuhalten.

Auf die 13. ANFRAGE von GR. Ing. WORM (ÖVP), wann die "Arbeitsgruppe Staustufe Wien" wieder einberufen wird, sagte StR. BRAUN, daß dies erst auf Wunsch der Teilnehmer dieser Arbeitsgruppe erfolgen wird, nachdem ja mit der Gründung der Donauraumkommission ein Gremium ins Leben gerufen wurde, daß sich mit allen entsprechenden Fragen beschäftigt.

Auf die 14. ANFRAGE von GR. Dr. HIRNSCHALL (FPö), ob sie es für vertretbar halte, daß die Bezirksvorsteherin des 13. Bezirkes trotz erfolgter rechtlicher Klarstellung der Wohnbaugemeinschaft Altmannsdorf-Hetzendorf 60.000 Schilling aus den Mitteln der Bezirksvorsteherung zur Abgeltung von Planungskosten übergab, sagte StR. Friederike SEIDL (SPö), daß sie den entsprechenden Anspruch der Wohnbaugenossenschaft zwar nicht für gesetzlich, aber für moralisch denkbar halte.

Auf die 15. ANFRAGE von Gr. HAAS (SPö), wie hoch der Einnahmeverlust des Schlachthofes St. Marx durch die Importsperrung Italiens für Fleischexporte aus Österreich im Gefolge der Katastrophe von Tschernobyl ist, sagte StR. SEIDL, daß der Schaden insgesamt 680.000 Schilling beträgt. Trotz eines leichten Wiederanstieges der Ausfuhren ist das ursprüngliche Ausfuhrvolumen noch nicht erreicht worden. (Forts.) gab/bs

Wiener Gemeinderat (7)

Utl.: Würdigung für Prof. Wiesinger

12 Wien, 23.6. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK würdigte den früheren Ersten Vorsitzenden des Wiener Gemeinderates, Prof. Leopold WIESINGER (SPÖ), der im Februar seine Funktion zurückgelegt hat. Prof. Wiesinger, geboren 1920, gehörte dem Wiener Gemeinderat seit 1965 an. Bürgermeister Dr. Zilk dankte im Namen aller Fraktionen. (Langanhaltender Beifall bei allen Fraktionen.)

Zwtl.: Rechnungsabschluß 1985 - Rede Mayr

Vizebürgermeister Hans MAYR (SPÖ) stellte in seinem Bericht zum Rechnungsabschluß 1985 fest, das Budget sei die politische Absichtserklärung, der Rechnungsabschluß dokumentiere, wie weit diese Absicht erreicht worden sei.

Das Jahr 1985 war für Wien ein kommunalpolitisch und wirtschaftlich erfolgreiches Jahr. Wien hat ein konsolidiertes Budget, betonte Mayr, beim Abgang konnte eine Verbesserung von 2,6 Milliarden erreicht werden. Der Schuldenstand konnte mit einem Rückgang von 2,2 Milliarden deutlich verringert werden. Und die gute wirtschaftliche Entwicklung habe zu Mehreinnahmen von 4,4 Milliarden geführt. Gleichzeitig konnte der Ausgabenrahmen, die Mehrausgaben betragen lediglich 1,8 Milliarden, gehalten werden.

Der Rechnungsabschluß 1985 schließt die Einnahmen von 70,2 Milliarden und Ausgaben von 73,1 Milliarden und einem Abgang von 2,9 Milliarden ab. (Forts.) fk/gg

Wiener Gemeinderat (8)

Utl.: Rechnungsabschluß 1985

13 Wien, 23.6. (RK-KOMMUNAL) Die Investitionen lagen bei 9,1 Milliarden, davon 2,7 Milliarden für die U-Bahn, 1,7 Milliarden für den kommunalen Wohnbau und 2 Milliarden für den Spitalsbau. Beim AKH kam es zu echten Einsparungen, betonte Mayr.

1985 kam es zu einer Expansion in der Wiener Bauwirtschaft. Der Produktionswert der Bauindustrie nahm in Wien um 7,8 Prozent zu, österreichweit waren es lediglich 3,2 Prozent. Die Auftragsstände erhöhten sich in Wien um 25 Prozent, in Gesamtösterreich nur um 4,4 Prozent. Die Wiener Wirtschaft konnte den Wachstumsabstand zum übrigen Österreich deutlich verringern. Mayr führte das auf die expansive Bauwirtschaft und auf die günstige Entwicklung des Städtetourismus zurück.

Beim Städtetourismus gebe es zwar heute deutliche Einbrüche, die unter anderem auch auf den ungünstigen Dollarkurs zurückzuführen seien. Wien werde aber alles unternehmen, um den politischen Imageverlust im Zug der Bundespräsidentenwahlen zu überwinden. In diesem Sinne müsse auch die Ausstellung "Traum und Wirklichkeit" in diesem Sommer in New York gesehen werden.

Zum Thema niederösterreichische Hauptstadt stellte Mayr fest, daß diese Entscheidung vom Steuerpolitischen her völlig bedeutungslos sei. Wenn Niederösterreich kräftig investiere, könne sich das auf die gesamte Ostregion positiv auswirken. Er warne aber davor, die historische Identität zu unterbrechen.

Die Situation am Arbeitsmarkt, meinte Mayr, war in Wien günstiger als im Bundesdurchschnitt. Vor allem ist die Jugendarbeitslosigkeit in Wien geringer als in anderen Bundesländern. Daß die öffentliche Hand in der Lage sei, Betriebe gut zu führen, zeige die Wiener Holding: Mit Ausnahme von zwei Betrieben haben alle - nämlich 21 - positiv bilanziert. (Forts.) fk/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (9)

Utl.: Rechnungsabschluß 1985 - Rede Hirnschall

15 Wien, 23.6. (RK-KOMMUNAL) Die FPÖ werde den Rechnungsabschluß ablehnen, weil Ankündigungen im Stadterneuerungs- und Umweltbereich nicht eingelöst wurden, erklärte GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ). Er begrüßte die Budgetkonsolidierung und die Verringerung des Schuldenstandes, die allerdings auf höhere Mittel aus den Bundesanteilen und geringere Investitionen zurückzuführen seien. "Die Ineffizienz wird als Sparsamkeit ausgegeben", sagte Hirnschall. Er übte auch Kritik an der späten Ertüchtigung von HKA und EBS und meinte, es gebe weder Geld noch Pläne für die ebenfalls notwendige Rauchgasentstickung. Sanierungs- und Neubaumittel auf dem Wohnbausektor würden unzureichend eingesetzt, und der Stadterneuerungsfonds leide unter der Bürokratie. In einem ANTRAG verlangte Hirnschall die Auflösung des Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds sowie die Schaffung eines Konzepts zur beschleunigten administrativen Erledigung aller Stadterneuerungsfragen durch den zuständigen Stadtrat. Unzufrieden ist Hirnschall auch mit der Forschung und Technologieförderung. Er forderte in einem zweiten ANTRAG, die Gemeinde Wien möge einen Forschungsauftrag zur Untersuchung der Nutzungsmöglichkeiten der geothermischen Energie für Wien vergeben. In Aspern gebe es ein Heißwasservorkommen, das genutzt werden sollte. (Forts.) and/yy

NNNN

Wiener Gemeinderat (10)

Utl.: Rechnungsabschluß 1985 - Rede Busek

16 Wien, 23.6. (RK-KOMMUNAL) Vizebürgermeister Dr. BUSEK (ÖVP) bezeichnete den Rechnungsabschluß - die Bilanz der Wiener Kommunalpolitik - als eine Bilanz der versäumten Chancen, vom Umweltbereich bis zum Zivilschutz. Beispielsweise seien für die Ver- und Entsorgung nicht einmal ein Prozent des Budgets verwendet worden. Die Wasserversorgungsdiskussion sei von Unsicherheiten gekennzeichnet. Skepsis sei angebracht, bedenke man die Planungen zum Grundwasserwerk Donauinsel.

Für den Presse- und Informationsdienst sei dreimal soviel Geld ausgegeben worden wie für die Wiener Kanäle.

Bürgermeister Dr. Zilk habe viele seiner Ankündigungen aus der Regierungserklärung 1984 nicht eingehalten. Es wäre besser, weniger anzukündigen, aber häufiger Taten zu setzen. Als Beispiele für derartige Versäumnisse nannte Busek die ERS, die Hauptkläranlage, die Müllsammlung, die Mülldeponie Rautenweg, das Park-and-Ride-System, den Messepalast, den Gürtel und das AKH.

Im Zusammenhang mit der Bestellung von GR. EDLINGER (SPÖ) zum Stadtrat meinte Busek, daß die Geschäftseinteilung noch wesentlich umfassender reorganisiert werden sollte. Bei der Stadtgestaltung sei das Mitspracherecht der Bevölkerung zu forcieren, es gebe bereits positive Ansätze.

Bei der Donauroaumgestaltung sieht Busek für Wien eine große Chance. Abgesehen von den gestalterischen Vorteilen für die Stadt selbst könnte der Donauroaum in Mitteleuropa wieder größere Bedeutung erlangen, und die kulturellen und wirtschaftlichen Kontakte zu Oststaaten könnten wieder ausgebaut werden. (Forts.) du/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (11)

Utl.: Rechnungsabschluß 1985 - Rede Dr. Swoboda

17 Wien, 23.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. SWOBODA (SPö) stellte zu Beginn seiner Ausführungen fest, daß die Wiener Kommunalpolitik der vergangenen Jahre wesentlich zu einer Erhöhung der Lebens- und Verwirklichungschancen der Menschen, vor allem auch der Jugend, beigetragen hat. Diesen Weg werde man fortsetzen, wobei alle bürokratischen Regelungen und Bevormundungen abgebaut werden müssen, die nicht mehr zeitgemäß sind.

Das Jahr 1985 war, wie Swoboda sagte, ein Jahr einer relativ guten wirtschaftlichen Entwicklung, dennoch gab es vor allem durch die Abnahme der Industriebeschäftigten Probleme. Es gingen mehr Arbeitsplätze durch Stilllegungen von Betrieben verloren, als durch Neugründungen geschaffen wurden. Im Rahmen der Stadterneuerungspolitik sei eine Beschleunigung der Förderungstätigkeit des Stadterneuerungsfonds notwendig. Er sei jedoch entschieden gegen "importierte Spekulanten", die eine bisher in Wien kaum vorhandene unsoziale Geschäftspraxis an den Tag legen. Im Bereich der Stadtplanung werde Wien konsequent den Weg einer offenen Planung beschreiten. Was das Kraftwerk Wien betrifft, diene der Wettbewerb Donaubeereich der eigenständigen Planung und Gestaltung des gesamten Donaauraumes in Wien und insbesondere der Wahrung aller Anforderungen der Ökologie.

Der deutlich gestiegene Anteil an alten Menschen verlange ein intensives Zusammenwirken der Einrichtungen des Gesundheitswesens. Als vordringlich bezeichnete Swoboda den Ausbau der Sozialen Dienste sowie der Pflege und Rehabilitationsmaßnahmen. Er forderte - um ein integriertes Versorgungssystem zu schaffen -, den auf die Spitalsfinanzierung konzentrierten Krankenanstaltenzusammenarbeitsfonds in neun, länderweise regionalisierte Gesundheitsfonds umzugestalten. (Forts.) ull/rr

Wiener Gemeinderat (12)

Utl.: Rechnungsabschluß 1985

18 Wien, 23.6. (RK-KOMMUNAL) Dem Budget 1985 sei nur eine relative Wahrheit zugrunde gelegen, begründete GR. Dipl.-Kfm. WÖBER (ÖVP) die Ablehnung des Rechnungsabschlusses durch seine Fraktion. Eine Unterbudgetierung im Einnahmenbereich wie sie beim Budget 1985 aufgetreten sei, lasse eine einprogrammierte Erfolgsmeldung vermuten. So hätten die Gebührenerhöhungen der vergangenen Jahre die Einnahmen des Budgets aufgefettet und seien Investitionen nicht oder nur teilweise getätigt worden. Die Konsolidierung des Schuldenstandes komme durch die Erhöhung der Verwaltungsschulden, die Reduzierung des Geldbestandes, den Verkauf von Wertpapieren und eine Reduzierung der Investitionen zustande. Seien 1984 noch 14,7 Prozent des Budgets für Investitionen verwendet worden, so habe man für 1985 nur 13,9 Prozent budgetiert, aber nur 12,6 Prozent tatsächlich investiert. Im Bereich der Stadterneuerung und des Wohnbaues hätte man eine Milliarde Schilling weniger als geplant ausgegeben, bei der Wirtschaftsförderung seien 200 Millionen übriggeblieben.

Zur Holding sagte Wöber, man möge einen Weg vermeiden, mit Steuergeld private Betriebe zu konkurrenzieren, wie bei der Innenstadt-Dependance der Kurkonditorei Oberlaa. Die Übertragung der EBS zur Holding habe noch keinen Erfolg gezeigt, und die Gründung eines österreichisch-ungarischen Handelshauses stimme in Bezug auf das VOEST-Debakel nachdenklich. (Forts.) jel/bs

Wiener Gemeinderat (13)

Utl.: Rechnungsabschluß 1985

19 Wien, 23.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Christine SCHIRMER (SPÖ) wies darauf hin, daß der tatsächliche Abgang im Wiener Budget nur 2,9 Milliarden Schilling, anstatt der prämierten 5,5 Milliarden, beträgt. Bei aller Sparsamkeit, die aus dieser Tatsache spricht, ist die Stadt Wien jedoch ihren Verpflichtungen, ob sozialer, kultureller oder sonstiger Art, voll nachgekommen. Dafür sprechen Mehraufwendungen - vom Schulbau über verschiedene kulturelle Projekte bis zum "Essen auf Rädern" oder für infrastrukturelle Einrichtungen in Spitälern. Minderaufwendungen beim AKH weisen auf eine sparsame und effiziente Durchführung dieses Bauvorhabens hin. Wieviel Wien die Trinkwasserversorgung und die Abwasserentsorgung wert ist, zeigen die gehobenen Budgetansätze für diese Bereiche. Zum von der ÖVP angesprochenen Thema Zivilschutz sagt Schirmer, die Stadt Wien werde sicher alles für die Sicherheit der Bevölkerung tun, es sei jedoch unverantwortlich, durch oberflächlich aufgestellte Forderungen eine absolute Sicherheit vorzugaukeln. Hier gelte es vor allem, für Frieden und Abrüstung zu kämpfen, um Katastrophen zu verhindern. (Forts.) gab/bs

Wiener Gemeinderat (14)

Utl.: Rechnungsabschluß 1985

20 Wien, 23.6. (RK-KOMMUNAL) Finanzstadtrat MAYR nahm zu den verschiedenen Debattenbeiträgen Stellung. Zur Kritik von Klubobmann HIRNSCHALL (FPÖ) bezüglich der Förderung der Zusammenarbeit mit der Wissenschaft betonte Mayr, das ginge nicht so schnell. Er verwies aber auf zahlreiche bereits verwirklichte Projekte, wie etwa das Gentechnische Forschungslabor. Zur Kritik von ÖVP-Gemeinderat Dr. WÖBER betonte Mayr, entsprechend der Haushaltsordnung seien die Einnahmen mit Mindestsätzen und die Ausgaben mit Höchstsätzen anzugeben. Die ÖVP werfe der Stadtverwaltung Rücklagenbildungen vor und kritisiere zugleich die Auflösung von Rücklagen. Das sei eine unverständliche Politik. Zum Thema Ostregion bedauerte Mayr, daß die wirtschaftliche Entwicklung in Niederösterreich schlechter sei.

Die Katastrophe von Tschernobyl habe eine europaweite Auswirkung. Dennoch warne er davor, sich direkt in ausländische Angelegenheiten einzumischen.

Vizebürgermeister Dr. BUSEK (ÖVP) sah darin einen Widerspruch. Man könne nicht nur gegen Wackersdorf auftreten, sondern müsse auch in den Nachbarstaaten, in denen eine andere gesellschaftspolitische Ordnung herrsche, für die Menschenrechte sein. Er lasse sich wegen eines Handelsvertrages die Menschenrechte nicht abwerten.

Vizebürgermeister MAYR (SPÖ) konkretisierte seine Einstellung. Er sei dagegen, Menschen über die Grenze einzuschleusen, und verwies auf die österreichische Zeitgeschichte. Die Österreicher hätten ihren Freiheitswillen stets in Österreich gezeigt.

GR. Dr. WÖBER betonte in einer Replik, die Stadtregierung betreibe Budgetkosmetik. Bei der Budgeterstellung müßten die voraussichtlichen Einnahmen und Ausgaben als Grundlage herangezogen werden.

GR. Dr. SOWOBODA (SPÖ) sprach sich dafür aus, Mitteleuropa einen neuen Stellenwert zukommen zu lassen. Die SPÖ trete immer und überall für die Freiheit ein. Es sei aber unsinnig, "den russischen Bären in den Schweif zu zwicken". (Foris.) fk/yy

NWNN

Wiener Gemeinderat (15)

Utl.: Rechnungsabschluß 1985 - Debatte Stadtentwicklung,  
Stadterneuerung

21 Wien, 23.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) meinte, der Stadterneuerungsfonds sei für Aufgaben geschaffen worden, für die die Stadt Wien bereits Einrichtungen besitze. Die Bürokratie habe zugenommen, während der Wohnbau zurückging. Gestiegen sei auch die Zahl der Insolvenzen, was der schwerfälligen Verwaltung zumindest teilweise anzurechnen sei. Notwendig wäre, so Pawkowicz, für die Bauwirtschaft eine effiziente Terminkoordinierung. Er hoffe, sagte Pawkowicz weiter, daß mit der neuen Geschäftseinteilung auch eine Verbesserung bei der Verwaltung eintrete.

Die Trennung von Planung und Ausführung, wie sie nun bevorstehe, entspreche den Intentionen der FPÖ. Pawkowicz setzte sich dann mit dem 1979 beschlossenen Flächenwidmungsplan im Zusammenhang mit dem Ausbau des Flötzersteiges auseinander und brachte den ANTRAG ein, der zuständige Stadtrat solle die Verwaltung beauftragen, einen neuen Flächenwidmungsplan für diesen Bereich vorzulegen, in dem die Tatsache berücksichtigt wird, daß für diese Straßen keine Notwendigkeit bestehe. (Forts.) and/bs

Wiener Gemeinderat (16)

Utl.: Rechnungsabschluß 1985 - Debatte Stadtentwicklung,  
Stadterneuerung

27 Wien, 23.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. PETRIK (ÖVP) erklärte, trotz der geplanten Ressorttrennung bedürfe es einer gewissen Verzahnung von Stadtplanung und Wohnbau. Nun sei eine Reparatur der Stadträume an der Zeit. Er, Petrik, befürworte eine ästhetische Ökonomie der Planung, da eine rein technisch-bürokratische Planung zuwenig sei. Er glaube, daß die personelle Kapazität für die umfangreichen Planungsvorhaben zu gering sei. Abschließend meinte Petrik, daß im Bereich der Stadtplanung nur ein diffuses Bild vorherrsche, es fehle an klaren Aussagen der verantwortlichen Politiker. (Forts.) du/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (17)

Utl.: Rechnungsabschluß 1985 - Debatte Stadtentwicklung,  
Stadterneuerung

23 Wien, 23.6. (RK-KOHHUNAL) GR. Dr. HAWLIK (ÖVP) befaßte sich mit dem Donaauraum, der "Jahrtausendchance für Wien". Er sprach seine Überzeugung aus, daß man - falls diese Chance tatsächlich genutzt werden soll -, den Donaauraum nicht den Kraftwerksbauern überlassen dürfe. Sie wären einfach nicht in der Lage, städtebauliche Konzepte zu erstellen.

Kritik übte Dr. Hawlik am Bürgerbeteiligungsverfahren "Wettbewerb für die Gestaltung des Donaupraumes". Die Form des Bürgerbeteiligungsverfahrens sei nicht geeignet, eine stärkere Identifizierung der Bevölkerung mit den Problemen des Donaupraumes zu erzeugen. Die Fragen wären oft unverständlich formuliert, und nur Fachleute könnten den schwer verständlichen Text richtig deuten. Dr. Hawlik bezweifelte auch, ob die Ergebnisse des Bürgerbeteiligungsverfahrens tatsächliche Auswirkungen auf bauliche Pläne haben werden.

Zur geplanten Staustufe Wien sagte er, zunächst müßten die städtebaulichen Voraussetzungen, ökologie und technische Bewältigbarkeit sowie die energiewirtschaftliche Seite geklärt werden. (Forts.) ull/bs

Wiener Gemeinderat (18)

Utl.: Rechnungsabschluß - Debatte Stadtentwicklung und  
Stadterneuerung

24 Wien, 23.6. (RK-KOHHUNAL) 1985 sei ein Jahr wichtiger Planungsmaßnahmen in Wien gewesen, erklärte GR. OBLASSER (SPÖ). Neben der Weiterführung der U-Bahn-Planung und der Planung des Gürtelbereiches sei das Projekt Donaauraumgestaltung in Angriff genommen worden. Das große Ziel sei die Aufwertung Wiens und damit der Ost-Region Österreichs. Seine Fraktion sehe in der Neugestaltung des Donaupraumes Möglichkeiten zur Gestaltung des Landschaftsraumes, der Aufwertung der Bezirkszentren Floridsdorf und Kagran sowie der Berücksichtigung wirtschaftlicher Entwicklungen und damit zur Veränderung der Großstadtpolitik. Die Stadt Wien werde sich bei der Neugestaltung des Donaupraumes aber sicher nicht zu einem Erfüllungsgehilfen der DOKW machen lassen, sondern die Landschaftsgestaltung den Erfordernissen des Staustufenbaus überordnen. (Forts.) jel/rr

Wiener Gemeinderat (19)

Utl.: Rechnungsabschluß - Debatte Stadtentwicklung und Stadterneuerung

25 Wien, 23.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. NEUBERT (ÖVP) bezeichnete die Neugestaltung des Donaoraumes als große Möglichkeit für den 2. und 20. Bezirk. Gerade diese von Donau und Donaukanal umgrenzten Bezirke sind durch vielfältige Infrastrukturmängel gekennzeichnet und bedürfen der Revitalisierung, sagte Neubert. Dabei sind die Barrieren gegen die Donau abzubauen, der Handelskai auszugestalten, der Nord-West-Bahnhof abzusiedeln und die U 6 über das Brigittenauer Bezirkszentrum Wallensteinplatz zu führen. Mehr Grün ist ebenso zu schaffen wie kulturelle Einrichtungen und hochwertiger Wohnraum. Der Donaukanal oder besser die "kleine Donau" soll zu einem Freizeitareal ausgestaltet werden. Eine "Hafenkneipenszene" im Bereich des Stadions und eine zur "Ponte Vecchio" umgestaltete Reichsbrücke sind weitere Vorstellungen, die Neubert zur Belebung des Donaoraumes einbrachte. (Forts.) gab/rr

Wiener Gemeinderat (20)

Utl.: Rechnungsabschluß - Debatte Stadtentwicklung und Stadterneuerung

26 Wien, 23.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. MAYR (ÖVP) befaßte sich mit dem Wohnbauprojekt Wienerberg. Für die technische Infrastruktur sei zu wenig Geld vorhanden. Außerdem kommt die Fertigstellung von Kindergärten und Volksschule verspätet. Bei der Verwirklichung der Lärmschutzwand entlang der A 23 komme es zu Verzögerungen. Weiters forderte der Redner den baldigen Ausbau der Richard-Strauß-Straße zur Umfahrung der Draschegründe. (Forts.) fk/rr

Wiener Gemeinderat (21)

Utl.: Rechnungsabschluß - Debatte Stadtentwicklung und Stadterneuerung

27 Wien, 23.6. (RK-KOMMUNAL) Die ÖVP übersehe, daß die Stadterneuerung erst durch ausreichende Wohnraumschaffung im Rahmen der Stadterweiterung möglich wurde, erklärte GR. Rosa HEINZ (SPÖ). Wenn heute auch der Vorrang der Stadterneuerung gelte, so werde dennoch auch in Zukunft nicht völlig auf Stadterweiterungsprojekte verzichtet werden können, allerdings nur entlang von Entwicklungsachsen, zwischen denen Grünkeile ins dichtbebaute Stadtgebiet reichen. Es müsse dafür gesorgt werden, daß die Menschen nicht durch die Stadterneuerung aus ihrer gewohnten Umgebung verdrängt werden. (Forts.) and/rr

Wiener Gemeinderat (22)

Utl.: Rechnungsabschluß 1985, Debatte Stadtentwicklung und Stadterneuerung

28 Wien, 23.6. (RK-KOMMUNAL) Die Gemeindemieter seien häufig finanziell überfordert, sagte GR. Dkfm. HOTTER (ÖVP). Der sozialistische Wohnbau sei am Vollwertwohnen orientiert und könne seine soziale Aufgabe nicht mehr erfüllen. Hotter betonte, er erhoffe sich unter der neuen Ressortleitung effizientere Arbeitsmöglichkeiten, beispielsweise eine verbesserte Koordination der Magistratsabteilungen im Sanierungsbereich. Außerdem forderte er eine größere Transparenz bei der Abrechnung in den Gemeindebauten, eine jährliche Übersicht über die Erhaltungsbeiträge und mehr Mietermitsprache.

GR. Hotter stellte den ANTRAG, das Kontrollamt möge die Ursachen für Sanierungsarbeiten bei diversen städtischen Wohnhausanlagen überprüfen.

Zum Problem "Schimmelpilz" stellte Hotter fest, daß es nicht gerechtfertigt sei, häufig den Mietern die Schuld zuzuschreiben, da die Ursache auch auf Planungs- und Ausführungsmängel zurückzuführen ist. Nichtsdestoweniger sei es notwendig, die Mieter über richtige Beheizung und Lüftung zur Schimmelpilzvermeidung zu informieren. (Forts.) du/gg

Wiener Gemeinderat (23)

Utl.: Rechnungsabschluß 1985 - Debatte Stadtentwicklung und Stadterneuerung

29 Wien, 23.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Ing. MANDAHUS (ÖVP) beklagte, daß die Anbotsfrist bei öffentlichen Ausschreibungen derzeit zwischen sieben und 55 Tagen schwanke. Er stellte die Forderung, daß diese Frist generell mit vier Wochen festgesetzt wird.

Wie GR. Ing. Mandahus weiter feststellte, seien seit Beginn der Wohnhaussanierung insgesamt 1.037 Anträge eingelaufen. Davon betrafen 846 Anträge Einzelverbesserungen, Sockelsanierungen und Totalsanierungen. Von den Anträgen des Jahres 1985 sind, wie der Redner feststellte, 14 öffentlich ausgeschrieben worden, derzeit werde lediglich auf sechs Baustellen gearbeitet. Ähnlich sei die Entwicklung in diesem Jahr: Bisher wurden 78 Wohnhaussanierungen öffentlich ausgeschrieben, auf nur vier Baustellen wird gearbeitet.

Zum Thema "Arbeitslosenproblem am Bau" erinnerte Ing. Mandahus daran, daß in den Jahren von 1974 bis 1984 insgesamt 48.000 Arbeitsplätze verloren gegangen sind. Man müsse damit rechnen, daß die Zahl der Arbeitslosen auch in den kommenden Monaten weiter ansteigen werde. Er brachte den ANTRAG ein, daß eine periodisch erscheinende Information über die Situation am Arbeitsmarkt mit genauen Daten über Beschlüsse und tatsächliche Bauarbeiten veröffentlicht wird. (Forts.) ull/rf

Wiener Gemeinderat (24)

Utl.: Rechnungsabschluß 1985, Debatte Stadtentwicklung und Stadterneuerung

30 Wien, 23.6. (RK-KOMMUNAL) Man habe, erklärte GR. PRAMEL (SPÖ), den Weg der sanften Stadterneuerung gemeinsam mit der Bevölkerung gewählt, müsse sich aber darüber im klaren sein, daß dies ein langwieriger Weg sei. Es sei nicht einfach, die Bevölkerung von Stadterneuerungsgebieten für bestimmte Projekte zu einer Meinung zusammenzubringen. Pramel machte besonders auf die 1985 fertiggestellten Sanierungsprojekte Werkbundsiedlung, Rasumofskygasse 20-24, Favoritenstraße 42 und Kettenbrückengasse 6 aufmerksam. (Forts.) jel/gg

Wiener Gemeinderat (25)

Utl.: Rechnungsabschluß 1985 - Debatte Stadtentwicklung und Stadterneuerung

31 Wien, 23.6. (RK-KOMMUNAL) StR. Ing. HOFMANN (SPÖ) nahm zu den Ausführungen seiner Vorredner Stellung. Im Gegensatz zu GR. Dr. HAWLIK (ÖVP) sei er nicht der Ansicht, daß alle Planungsvorhaben der Monarchie in Wien positiv gewesen seien. Als wichtige Ansätze, Wien an die Donau zu bringen, bezeichnete Hofmann die WIG, die Donauinsel und das Konferenzzentrum. Die Staustufe Wien bezeichnete Hofmann als notwendig für den Grundwasserhaushalt. Daß im kommunalen Wohnbau nicht alle Mittel verbraucht worden seien, liege nicht zuletzt an Einsprüchen von ÖVP-Politikern in den Bezirken, sagte Hofmann. Hofmann versicherte, er sei zu jeder Information und Zusammenarbeit bereit. Zum Vorschlag von GR. NEUBERT (ÖVP), die Nordbrücke zu verbreitern, sagte Hofmann, man müsse dann wohl auch die Donaukanalbegleitstraßen verbreitern, was niemand wolle.

Dazu sagte GR. NEUBERT (ÖVP) in einer Replik, daß die Verbreiterung der Nordbrücke lediglich helfen solle, die Staus auf dieser Brücke, die oft auch durch Bauarbeiten entstehen, zu vermeiden. (Forts.) gab/gg

Wiener Gemeinderat (26)

Utl.: Rechnungsabschluß 1985 - Debatte Bauten

37 Wien, 23.6. (RK-KOMMUNAL) Als Erfolg der Volkspartei wertete GR. HAUBENBURGER (ÖVP) die Änderung der Verkehrspolitik, die in den letzten Jahren immer mehr auf das Umweltbewußtsein Rücksicht nimmt. Daher spreche sich die ÖVP für die Tieflegung der Westeinfahrt im Wiental aus und lehne nach wie vor die Flötzersteigstraße ab.

Der Redner bemängelte das Fehlen eines Sanierungs- und Reparaturkonzepts und stellte den ANTRAG auf rechtzeitige Information der Autofahrer über Straßenbaumaßnahmen. Die Budgetmittel für die Sanierung des Straßennetzes seien zu gering angesetzt. (Forts.) fk/rr

## Wiener Gemeinderat (27)

Utl.: Rechnungsabschluß 1985 - Debatte Bauten

33 Wien, 23.6. (RK-KOMMUNAL) GR. SEVCIK (SPÖ) gab einen Überblick über die Leistungen der Straßenverwaltung und der für städtische Beleuchtung zuständigen Dienststellen der Stadt Wien. So schreite der Ausbau der Donauuferautobahn voran, und Umweltschutzeinrichtungen und gärtnerische Ausgestaltung im Bereich dieser Straße seien beispielhaft für die Straßenbaupolitik der Stadt Wien. Wichtige Straßenbauprojekte konnten abgeschlossen werden, sagte Sevcik weiter und betonte, daß bei vielen das vorgegebene Zeitlimit sogar unterschritten werden konnte. Es gebe verschiedene Gründe dafür, daß auf Baustellen oft keine oder nur wenige Arbeiter zu sehen sind, wie etwa Aushärten des Betons, Vorschrift zum Arbeiten außerhalb der Verkehrsspitze und andere. Die Ausgestaltung verkehrsberuhigter Bereiche werde vorangetrieben. Auch das Radwegenetz werde erweitert. (Forts.) and/gg

## Wiener Gemeinderat (28)

Utl.: Rechnungsabschluß 1985 - Debatte Bauten

34 Wien, 23.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Mag. KAUER (ÖVP) forderte den beschleunigten Ausbau des Radwegenetzes. In Wien gebe es derzeit fast ausschließlich "Rad-Torsos". Außerdem würden die Versprechungen bezüglich des Ausbaues des Radwegenetzes nicht eingehalten. So werde beispielsweise der Ring-Rund-Radweg keinesfalls - wie bereits vor längerer Zeit angekündigt - Ende 1986 fertig sein. (Forts.) du/gg

## Wiener Gemeinderat (29)

Utl.: Rechnungsabschluß 1985 - Debatte Bauten

35 Wien, 23.6. (RK-KOMMUNAL) GR. GAAL (SPÖ) stellte einleitend fest, daß im Jahre 1985 zahlreiche Maßnahmen zur Verbesserung im Verkehrswesen gesetzt wurden. Er nannte die MA 46 - Verkehrsorganisation und technische Verkehrsangelegenheiten -, von der derzeit insgesamt 826 Verkehrsampeln, 97 Blinkanlagen und mehr als 70.000 Verkehrszeichen betreut werden. Auch neue Gesetze und Verordnungen (Gurtpflicht, Helmpflicht usw.) sowie den Verkehrssicherheitscomputer hätten die Sicherheit im Verkehr weiter erhöht.

Zum Problem der Radwege sagte Gaal, daß man auf die Interessensgegensätze von Radfahrern, Fußgängern und Autofahrern Rücksicht nehmen müsse. Auch 1986 werde der Ausbau des Grundnetzes fortgesetzt.

Die Debatte über den Rechnungsabschluß wurde um 20.15 Uhr unterbrochen. (Schluß) ull/gg